

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 13 – Staatsangehörigkeitsrecht

Dazu sagt der Vorsitzende der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen,

Karl-Martin Hentschel:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 417.07 / 10.10.2007

Für eine doppelte Staatsbürgerschaft!

Im Jahr 1999 wurde das Staatsangehörigkeitsrecht in Deutschland modernisiert. Das so genannte *ius sanguinis*, das ausschließliche Recht der Abstammung wurde aufgeweicht und gegen eine Light-Variante des so genannten *ius solis*, das in den angloamerikanischen Ländern übliche Recht des Geburtsorts ersetzt.

Es sollte eine erleichterte Einbürgerung ermöglicht werden und – wie international üblich – auch in Deutschland die Mehrstaatigkeit akzeptiert werden, als rechtliche Auswirkung der faktischen Verhältnisse einer Migrationsgesellschaft.

Gegen diese Pläne wandte sich eine beispiellose Kampagne im hessischen Landtagswahlkampf, mit der Folge, dass es nur einen hinkenden Kompromiss gab: die Kinder, die in Deutschland geboren sind, und beide Staatsangehörigkeiten erhielten, müssen sich mit Eintritt der Volljährigkeit entscheiden. Damit wurde der gesellschaftliche Konflikt erst einmal verschoben.

Jetzt ist es soweit: Im Jahre 2008 werden erstmals die Jugendlichen aus Einwandererfamilien, die im Jahr 2000 bis zu 10 Jahre alt gewesen sind, einen Pass abgeben müssen, weil sie 18 Jahre alt werden. Damit stehen deutsche Jugendliche, die hier aufgewachsen sind, vor der Frage: Entscheide ich mich für den Pass meiner Eltern oder für den Pass des Landes, in dem ich lebe und weiterhin leben werde.

All dies geschieht nur deshalb, weil ein Mensch mit zwei Pässen von Vielen als gesellschaftliches Problem gesehen wird. Als ein Doppelagent sozusagen, der sich entscheiden muss, welchem Staat seine Loyalität gilt. Als würde der Pass eine Gefahr in sich bergen, dass sich der Mensch aufgrund seiner zweiten nationalen Identität sozialschädlich verhalten könnte.

1/2

Diese Vorstellung findet keinerlei Bestätigung in den Erfahrungen mit Menschen, die beispielsweise aus einer binationalen Verbindung hervorgegangen sind und daher schon immer in aller Ruhe ihr ganzes Leben mit zwei Nationalitäten herumlaufen durften – und dies auch weiterhin dürfen. Doppelstaatlichkeit hat sich bisher nicht als Ursache von Migrationsproblematik herausgestellt.

Die betroffenen Jugendlichen werden in erster Linie türkischer Herkunft sein. Diese Jugendlichen, die im nächsten Jahr vor der Entscheidung für und gegen die eine oder andere Gesellschaftszugehörigkeit stehen werden, sind jetzt 17 Jahre alt. Ein Alter, in dem sich sowieso viele Generationskonflikte zwischen Eltern und Kindern entladen.

Jugendliche sollen lernen, Verantwortung zu übernehmen, müssen sich um Berufsausbildung und Schule kümmern, Eltern stehen vor der schwierigen Aufgabe, ihre Kinder eigene Wege gehen zu lassen. Man kann sich vorstellen, welches zusätzliche Konfliktpotenzial entsteht, wenn dann auch noch die Frage im Raum steht: Behältst du unseren Pass oder entfernst du dich durch deine Entscheidung jetzt noch weiter von uns weg? Viele werden sich gegen ihre Überzeugung für den türkischen Pass entscheiden, wodurch der Integration ein Bärendienst erwiesen ist.

Doppelstaatlichkeit der Nachkommen von Migranten ist kein notwendiges Übel, das so schnell wie möglich beseitigt werden muss. Sie spiegelt vielmehr die Lebensrealität der vieler Menschen in unserer Gesellschaft wieder, in der viele Menschen starke Bezüge zu mehreren Ländern haben.

Probleme im Zusammenhang mit Migration entstehen aus ganz anderen Gründen: aus dem Bildungsgefälle zwischen Einheimischen und MigrantInnen, aus dem Mangel an Berufsausbildung und dem Rückzug in eine Parallelgesellschaft.

Diese Tendenzen werden durch das Verbot der doppelten Staatsbürgerschaft für MigrantInnen nicht behoben, sondern eher verstärkt. Deswegen fordern wir die Landesregierung auf, initiativ zu werden, um dies zu korrigieren. Ich bitte um Zustimmung!
